



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Herrn Oberbürgermeister Peter Jung

Es informiert Sie Andre Hüsgen
Anschrift Wittensteinstr. 235a
42283 Wuppertal
Telefon (0202) 60 933 100
Fax (0202) 60 932 088
E-Mail info@pro-rep-wuppertal.de
Datum 15.04.2015
Drucks. Nr. VO/1371/15
öffentlich

Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
06.05.2015	Hauptausschuss
11.05.2015	Rat der Stadt Wuppertal

**Keine rechtsfreien Räume in der Stadt – „Autonomes Zentrum,, schließen!
Antrag der Fraktion PRO NRW/DIE REPUBLIKANER vom 15.04.2015**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag der Fraktion PRO NRW / Die Republikaner auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung

- 1. Die Verwaltung wird ersucht, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um das „Autonome Zentrum“ in Elberfeld (Markomannenstr. 3) schnellstmöglich zu schließen.**
- 2. Um potentielle künftige Eskalationen der Gewalt bereits im Keim zu ersticken, darf der linksextremen Szene keine Möglichkeit zum Ausweichen auf eine andere Immobilie im Stadtgebiet eingeräumt werden.**
- 3. Die Verwaltung wird ersucht, ein umfassendes Konzept in Kooperation mit den Innenbehörden von Land und Bund gegen den Linksextremismus zu erarbeiten. Als Titel desselben bietet sich beispielsweise „Wuppertal für den Rechtsstaat und gegen linke Gewalt“ an.**

Begründung:

Zu 1.: In der Nacht vom 10. auf den 11. April 2015 ist ein 53-jähriger Mann, der laut einer Stellungnahme des „Autonomen Zentrums“ Anhänger der dortigen linksextremen Szene sein soll, offenbar auf der Straße vor dem Gebäude Markomannenstr. 3 mit Messerstichen in den Rücken lebensgefährlich verletzt worden.

Laut Polizei habe es vor der notärztlichen Versorgung des Schwerverletzten Kampfszenen zwischen linksextremen Aggressoren und den Ordnungshütern gegeben. Indes beklagen die Linksextremen eine „klassische Täter-Opfer-Umkehr“, da ihr Kumpel von angeblichen „Hooligans gegen Salafisten“-Anhängern mit einem Messer gestochen worden sei und man anschließend sich sehnlichst den Notarzt herbeigesehnt habe. Im Resultat betrachtet ist es recht unerheblich, ob der Schwerverletzte nun Opfer innerlinksextremer Streitigkeiten, einer Attacke des politischen Gegners oder einer Rache von Geldeintreibern des Drogenmilieus geworden ist. Fakt ist, dass die linksextreme Szene Wuppertal seit bereits 42 Jahren mit illegalen Hausbesetzungen und Eskalationen der Gewalt gegen die Polizei terrorisiert. Dieser unhaltbare Zustand, dem seitens der linken Parteienlandschaft sogar mit Wohlwollen begegnet wird, ist nicht länger hinnehmbar.

Zu 2.: In diesem Kontext ist Köln ein besonders mahnendes Beispiel. Am 16. April 2010 besetzten Gesinnungsgenossen des „Autonomen Zentrums“ Wuppertal die ehemalige Kantine des Konzerns Klöckner-Humboldt-Deutz (heute Deutz AG) in Köln-Kalk. Nach langem Hin und Her und zahlreichen, schwerwiegenden Verstößen gegen die öffentliche Ordnung wurde den Linksextremen zum Dank ab 26. August 2013 von der Sparkasse KölnBonn der Umzug des Quartiers nach Köln-Neustadt-Süd bezahlt. Das Problem der Zusammenrottung von Gewaltbereiten und Gewalttätern lässt sich nicht lösen, indem es von einem zum nächsten Standort verlagert wird.

Zu 3.: Leider steht Wuppertal im unrühmlichen Ruf, neben beispielsweise Frankfurt am Main eines der westdeutschen Zentren der politisch linken Gewaltszene zu sein. Dieses Manko muss die Stadt loswerden. Anzuraten ist ein konzertiertes Vorgehen von Ordnungsamt, polizeilichem Staatschutz und den Verfassungsschutzbehörden von Land und Bund, um dem linksextremen Milieu in der Stadt essentielle Nährböden zu entziehen. Eine der wichtigsten Säulen linksextremer Mobilisierungsfähigkeit vor Ort ist zweifellos das „Autonome Zentrum“ an der Ecke Gathe/Markomannenstraße. Eine altnativenlose Schließung ebendieses „Autonomen Zentrums“ würde der linken Gewaltszene Wuppertals wahrscheinlich allein bereits einen solchen Schlag versetzen, dass sie sich davon nie wieder richtig erholen könnte.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Bötte
Fraktionsvorsitzende